

Bundeskanzler Helmut Kohl:

## Europa ist und bleibt Kern unserer Außenpolitik

Für die Europapolitik hat Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Haushaltsrede im Deutschen Bundestag am 8. November während der nächsten zwei Jahre ein schwieriges innen- und außenpolitisches Umfeld vorausgesagt.

Von der Bundesrepublik werde nämlich die Übernahme größerer internationaler Verantwortung gerade in einer Zeit erwartet, in der alle Nachbarn Deutschland mit sehr viel intensiveren Blicken betrachten als noch in der Zeit des kalten Krieges.

Die Bundesregierung habe in den vergangenen zehn Jahren eine neue europäische Dynamik entwickelt und gemeinsam mit Frankreich Europa auf das richtige Gleis gebracht. Unseren Nachbarn müsse aber auch klargemacht werden:

Das wiedervereinigte Deutschland läßt sich nicht isolieren und neutralisieren, sondern wird die Bindung an die NATO und die Europäische Union beibehalten und dabei **gleichzeitig** für zukünftige Entwicklungen in Mittelost- und Südosteuropa offen sein.

Bundeskanzler Helmut Kohl: „Ich bleibe dabei, für uns Deutsche kann die Gleichung nur heißen: Wir sind für die Vertiefung der Europäischen Union, und wir sind für die Erweiterung der Europäischen Union. Die Ostgrenze Deutschlands, die Oder-Neiße-Linie, darf nicht die Ostgrenze der Europäischen Union sein.“

(Die Rede des Bundeskanzlers im Wortlaut: Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe)

### HEUTE AKTUELL

#### ● SPD-Parteitag

Generalsekretär Peter Hintze:  
Die SPD verläßt die Mitte. Seite 2

#### ● China-Reise

Helmut Kohl setzt sich für politische Gefangene ein. Seite 3

#### ● Bundeshaushalt 1996

Wolfgang Schäuble:  
Die Währungsunion ist für uns alle von Vorteil. Aus der Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Haushaltsdebatte am 8. November. Seite 4

Adolf Roth: Sparen für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung. Seite 7

#### ● Umweltpolitik

Erfolg auf dem Weg zur Senkung der Klimabelastung. Seite 16

#### ● Gesundheitsreform

Notwendige Einsparungen, aber keine schlechtere Versorgung. Eckwerte-Papier der Koalition. Seite 18

#### ● Mitgliederwerbung

Aktion „100.000 Gespräche“:  
Sie brauchen Zeit und Überzeugungskraft. Seite 24

Generalsekretär Peter Hintze:

## Die SPD verläßt die Mitte

**Zur Wahl von Oskar Lafontaine zum Parteivorsitzenden der SPD am 16. November in Mannheim erklärte Generalsekretär Peter Hintze:**

Die putschartige Abwahl Rudolf Scharpings ist nichts anderes als eine Verzweiflungstat der SPD-Delegierten: Denn mit Oskar Lafontaine verabschiedet sich die SPD endgültig von dem Versuch, in die Regierungsfähigkeit der politischen Mitte vorzustoßen. Statt dessen hat sie sich für einen ausgewiesenen Linkskurs und für eine gefährliche Linksfront-Strategie entschieden.

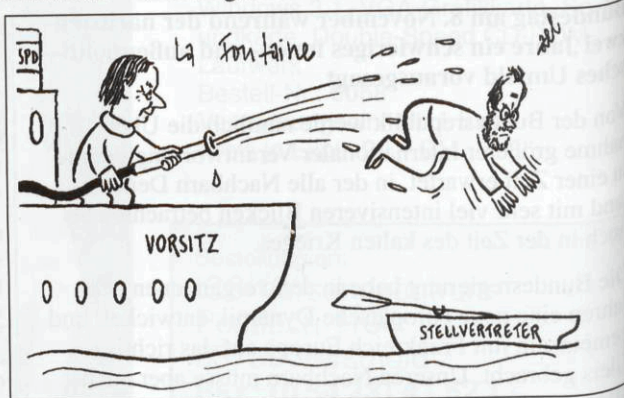
Lafontaine steht für ausufernde Staatsverschuldung, für eine realitätsfremde und unverantwortliche Außenpolitik der internationalen

### In ungebremstem Populismus

Isolierung, für eine Verzögerung der europäischen Integration. So wie Lafontaine in ungebremstem Populismus heute gegen die Wirtschafts- und Währungsunion vorgeht, hat er früher auch schon

die NATO in Frage gestellt und gegen die deutsche Einheit agitiert.

Offenkundig hat Lafontaine auch keine Hemmungen, die SPD an die Seite der kommunistischen PDS zu führen. In dieser Situation gewinnt auch das geplante Treffen zwischen Gysi und Lafontaine eine ganz neue Brisanz.



Durch einen Schulterschuß von Lafontaine und Gysi läßt sich die Zukunft nicht gewinnen – auch nicht die Zukunft der SPD. Mit den beispiellosen Vorgängen in Mannheim hat die Krise der SPD keine Lösung gefunden, sondern nur einen neuen vorläufigen Höhepunkt.

Die SPD verläßt die politische Mitte. Die Reise der SPD geht weit nach links!

**Unsere**

**Elektronischen  
Adressen:**

● INTERNET  
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE  
\*CDU#

● X 400

c = de; a = dbp;  
p = cdu; s = bund

# Helmut Kohl setzt sich für Häftlinge ein

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die deutsch-chinesischen Beziehungen bei seinem Besuch in Peking „exzellent“ genannt. Die deutsche Delegation wertete den Abschluß von vier Regierungs- und zwölf Wirtschaftsverträgen positiv. Der Korrespondent des „Kölner Stadt-Anzeigers“ nennt am 14. November die Einzelheiten:

Zwölf Firmenverträge im Wert von rund zwei Milliarden Mark wurden parallel zu den politischen Gesprächen in der Halle des Volkes unterzeichnet. Die Audi AG, die bisher nur als Lizenznehmer in China produziert hat, ist mit zehn Prozent in ein Joint-venture der Volkswagen AG in Changchun in Nordostchina eingestiegen. Mit einer Investitionssumme von 650 Millionen Mark soll die Produktion von neuen Audi-100-Modellen und V6-Motoren aufgebaut werden.

Siemens schloß Verträge über eine Beteiligung am Bau von zwei Kraftwerken in den Provinzen Shandong und Hebei. Außerdem wurden mehrere Absichtserklärungen für die weitere Zusammenarbeit abgegeben, unter anderem in den Bereichen Raumfahrt, Schiffsbau, Containerkräne. Beide Regierungen vereinbarten die Schaffung eines Dialogforums über Hochtechnologie unter Leitung von Wirtschaftsminister Günter Rexrodt und Forschungsminister Jürgen Rüttgers sowie dem Chef der chinesischen Plankommission, Chen Jinhua.

Nachdrücklich hat sich Bundeskanzler Helmut Kohl bei seinem Besuch in China für politische Gefangene eingesetzt. Bei den Gesprächen mit Staatspräsident Jiang Zemin und Ministerpräsident Li Peng überreichte Helmut Kohl eine von Amnesty International zusammengestellte Liste

mit 15 Gefangenen. Die „Westdeutsche Allgemeine“ kommentiert am 14. November unter der Überschrift „Respektabler Schritt“:

*Politik ist ein schwieriges Geschäft. Und es wird nicht einfacher, wenn auf der anderen Seite chinesische Partner sitzen. Im Gegenteil. Die Machthaber in Peking pflegen mit äußerster Kälte zu reagieren, wenn ausländische Staatsgäste die Menschenrechtsverletzungen in ihrem Land anprangern. Respekt, daß Bundeskanzler*

## Pressestimmen

*Helmut Kohl dennoch bei seinem Besuch eine Liste mit 15 Gefangenen und Folteropfern präsentierte und sich auch nach dem Schicksal weiterer Dissidenten erkundigte. Andere Regierungschefs waren lange nicht so konsequent bei ihren China-Visiten. Bleibt zu hoffen, daß Kohls Bemühungen um die inhaftierten Bürgerrechtler von Erfolg gekrönt werden.*

**Augenmaß und Geduld, Höflichkeit und Ausdauer sind für „Bild“ die wichtigsten Voraussetzungen dafür, in China etwas in Sachen Menschenrechte zu erreichen. „Bild“ bestätigt diese Eigenschaften dem Bundeskanzler und kommentiert am 14. November unter der Überschrift „Kohl bohrt dicke Bretter“:**

*Mancher von uns würde am liebsten den Chinesen die Faust zeigen. Aber unsere Faust im Umgang mit mehr als einer Milliarde Chinesen ist so groß wie ein Reiskorn. Wer dort für die Menschenrechte etwas tun will, muß Augenmaß und Geduld haben. Nur mit Höflichkeit und Ausdauer kommen wir dort weiter. Der Kanzler weiß, daß er in Peking dicke Bretter bohren muß – und er bohrt.*

**Wolfgang Schäuble:**

## Die Währungsunion ist für uns alle von Vorteil

**Es ist eine merkwürdige Debatte, Herr Kollege Scharping. Wenn in der Aussprache über den Einzelplan des Kanzleramtes der Oppositionsführer erst redet, nachdem der Kanzler eine Regierungserklärung abgegeben hat, so entspricht dies nicht meinem Verständnis von parlamentarischem Selbstbewußtsein.**

Sie haben viel von Europa gesprochen, aber die entscheidende Frage haben Sie nicht beantwortet: Wollen Sie am Maastricht-Vertrag festhalten, oder wollen Sie eine Neuverhandlung des Maastricht-Vertrages? Sie reden von einer Ergänzung des Vertrags. Was ist das? Wir brauchen von der SPD ganz gewiß keinen Nachhilfeunterricht in bezug auf die Einhaltung der Konvergenzkriterien. Von der Stabilität des Geldwertes verstehen diese Regierung und diese Koalition mehr als die Opposition.

### Ängste der Menschen nicht schüren

Der Bundeskanzler und alle Redner der Koalition haben schon bei der Ratifizierung des Maastricht-Vertrages gesagt, daß die Stabilitätskriterien streng eingehalten werden müssen, daß es keine Aufweichung geben wird und daß wir, wenn wir in einen Konflikt zwischen Zeitplan und Stabilitätskriterien geraten würden, diesen Konflikt nicht zu Lasten der Stabilitätskriterien lösen würden.

Warum wird dann von „Ergänzung“ geredet? Wenn man die Menschen in unserem Lande noch überzeugen muß, dann darf man eben keine unverbindlichen Andeutungen machen oder einen Satz wie den folgenden sagen: „Für irgendeine Idee, die dann am Ende keine wirtschaftliche Stabilität und auch keine Stabilität des Geldes signalisieren würde, die D-Mark aufzugeben, hielte ich für falsch.“ Ich frage Sie:

### Aus der Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Haushaltsdebatte am 8. November

Wer will denn das? Das ist doch nicht der Maastricht-Vertrag. Sie diffamieren doch die Währungsunion, und Sie schüren die Ängste der Menschen gegen die Währungsunion.

Unsere Position ist völlig klar: keine Ergänzung des Vertrages, keine Neuverhandlungen, keine zusätzlichen Voraussetzungen. Aber die Teilnehmer der Währungsunion, die hoffentlich am 1. Januar 1999 beginnen wird und an der Deutschland teilnehmen wird, werden natürlich alles daransetzen müssen, daß die Kriterien auch dauerhaft erfüllt bleiben. Das ist Aufgabe der Teilnehmer. Irgend jemand von Ihnen, zum Beispiel Herr Scharping, muß die Frage beantworten: Wollen Sie eine Auflösung des Vertrages? – Herr Schröder will; das müssen Sie klarstellen.

Sie haben in der nächsten Woche Ihren Parteitag. Sie, Herr Scharping, sollten dort nicht so reden, wie Sie hier geredet haben. Lassen Sie uns den Menschen sagen: Die europäische Währung wird so stabil sein, wie die D-Mark immer gewesen ist, als die Union und diese Koalition in Bonn regiert haben.

Lassen Sie uns den Menschen ebenfalls erklären, daß die Währungsunion auch wirtschaftlich für uns alle von Vorteil ist. Sie haben mit großem Aplomb von der Lage der Beschäftigten in der Bauwirtschaft und vom Entsendegesetz gesprochen. Es zeigt sich doch eines: Ohne eine Harmonisierung im europäischen Binnenmarkt können wir weder unsere wirtschaftlichen noch unsere sozialen Probleme dauerhaft lösen; das gilt auch für die Umweltpolitik.

Die Harmonisierung wird aber eher gefördert, wenn wir die Währungsunion zustande bringen. Wenn die Währungsunion scheitert, wird der Harmonisierungsdruck in Europa schwächer. Die Währungsunion ist für uns alle von Vorteil. Sie erst macht die wirtschaftliche Integration unumkehrbar. Sie wird den Leistungsaustausch stärken. Sie wird verhindern, daß die deutsche Wirtschaft im Wettbewerb mit anderen Europäern durch ständige Wechselkurskorrekturen zusätzliche Nachteile erleidet. Deswegen dient sie dem weiteren wirtschaftlichen Wachstum und der Beschäftigung.

### **Gemeinsame Umweltpolitik in Europa**

Sie wird uns auch ermöglichen, in der Umweltpolitik in Europa gemeinsam voranzukommen. Wir können in Wahrheit kein Problem mehr national lösen, in der Umweltpolitik schon gar nicht. Wir dürfen in einer Lage, in der die Beschäftigungssituation angespannt ist, Umweltpolitik nicht zum Gegensatz von Beschäftigung und Arbeitsmarkt werden lassen.

Wir haben schwierige Probleme, über die gesprochen werden muß. Wir sollten auch darum ringen, wer den besseren Weg hat. Sie, Herr Kollege Scharping, haben uns aber leider nicht einmal den Hauch einer Alternative angeboten. Es ist doch ein Zerrgemälde von der Wirklichkeit, wenn man von den gewaltigen Schulden redet, aber verschweigt, daß die Ausgaben im Haushalt 1996 niedriger sein werden als im Haushalt 1995.

Das hat es in der Bundesrepublik seit 30 Jahren nicht gegeben. Der Erfolg ist, daß wir eine Preissteigerungsrate von 1,6 Prozent haben. Das ist ein Gütezeichen für die Finanzpolitik dieser Regierung.

### **Moderne Produkte und technologischer Fortschritt**

Natürlich sind damit noch nicht die Probleme auf dem Arbeitsmarkt gelöst. Aber wie wollen wir sie anders lösen als dadurch, daß wir zunächst darauf setzen, unsere Wirtschaft weiter zu modernisieren? Das heißt, daß man auf moderne Produkte und technologischen-wissenschaftlichen Fortschritt setzen muß. Bei der SPD liest sich das wunderbar.

Im Antrag der SPD zum Thema Sozialumbau steht: „Ein funktionstüchtiger Sozialstaat ist die Grundlage für soziale Sicherheit und wirtschaftliche Produktivität. Der Politik des sozialen Abbaus erteilen wir eine Absage. Ein Umbau des Sozialstaats ist aber notwendig. Ohne Reformen sind die sozialen Sicherungssysteme nicht mehr finanzierbar. Eine Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten ist ein Beitrag zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.“

Jetzt frage ich Sie: Wie wollen Sie denn gesetzliche Lohnnebenkosten senken, wenn Sie nicht bereit sind, in der Sozialhilfe und in der Arbeitslosenhilfe die Anreize zur Arbeit zu verstärken? Wie wollen Sie Lohnnebenkosten senken, wenn Sie

nicht zur Reform unseres Gesundheitswesens bereit sind? Jeden konkreten Vorschlag zur Begrenzung von Lohnnebenkosten lehnen Sie ab. Jeden Vorschlag, Ausgaben zu kürzen, bekämpfen Sie.

Einen eigenen haben Sie nicht gemacht. Sie werden aber Lohnnebenkosten nicht senken, wenn Sie nicht zu Einsparungen kommen. Die Umschichtung von der Finanzierung durch Sozialversicherungsbeiträge auf die Finanzierung durch den Bundeshaushalt, die Steuerzahler, ist lediglich ein Verschiebeparkplatz. Das ist der falsche Weg.

Wenn wir auf Modernisierung setzen: Wer glaubt denn, daß die chemische und die pharmazeutische Industrie in unserem Lande ohne die Gentechnologie eine Chance hat? Aber Sie vertreiben sie systematisch aus Deutschland, und zwar durch ausstiegsorientierten Vollzug.

Wir beschäftigen uns alle zu Recht mit dem Vorstoß des Vorsitzenden der IG Metall. Ich finde, für den Vorsitzenden der größten Einzelgewerkschaft in Deutschland war das ein bemerkenswerter Vorstoß. Wir alle, die Arbeitgeber und auch die Politik, sollten positiv darauf reagieren, so wie es auch der Bundeskanzler gesagt hat. Nur, wenn die Sozialdemokraten in ihrem Papier schreiben: „Die konserva-

tive Strategie des Lohndrucks ignoriert den Zusammenhang von Angebot und Nachfrage“, dann sind sie weit hinter Herrn Zwickel zurück.

Wenn wir nicht auf die Modernisierung unserer Wirtschaft setzen, wenn wir nicht darauf setzen, mit modernsten Produkten bei unseren höheren Kosten auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu sein, haben wir keine Chance, unseren Wohlstand und die Grundlagen unserer sozialen Sicherheit zu erhalten. Wir werden weniger anstatt mehr Arbeitsplätze haben. Wenn wir nicht billiger oder wenigstens nicht teurer im Abstand zu anderen werden, insbesondere in den Lohn- und Lohnzusatzkosten, dann werden noch mehr Arbeitsplätze abwandern.

Wenn wir durch nationale Alleingänge die Energie im Vergleich zu unseren Mitbewerbern weiter verteuern, dann werden wir noch mehr Arbeitsplätze verlieren. Wir müssen vielmehr darauf setzen, daß wir konkurrenzfähig bleiben. Wir müssen auch flexibler und schlanker werden.

Wir haben keinen Grund zur Resignation. Wir müssen unsere Kräfte und unseren Mut zusammennehmen, um angesichts vieler Widerstände gegen notwendige Veränderungen die erforderlichen Anpassungen an die Zukunft durchzusetzen. Das ist der Weg in das 21. Jahrhundert.

**Generalsekretär Peter Hintze:**

## **Wichtige Orientierungshilfe**

Das Jahresgutachten der „Fünf Weisen“ ist eine wichtige Orientierungshilfe für die Politik. Es enthält interessante Vorschläge zur Senkung der Steuer- und Abgabenlast. Zentrale Aufgabe der Wirtschafts- und Finanzpolitik in den kommenden Jahren bleibt die nachhaltige Stärkung von Wachstum und Beschäftigung. Der Königsweg hierzu ist eine konsequente Vereinfachung des Steuersystems mit einer spürbaren Minderung der Abgabenlast. Das Jahressteuergesetz 1996 ist ein erster wichtiger Entlastungsschritt. Für ein neues Steuersenkungskonzept werden wir die Vorschläge der Sachverständigen in unsere Diskussion einbeziehen.

# Sparen für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung

Die hinter uns liegende Debatte hat erneut bewiesen: Der SPD-Opposition fehlt jede tragfähige finanz- und haushaltspolitische Konzeption. Sie ergeht sich in aggressiven Wortspielen und redet über die Politik, die wir machen.

## Haushaltseckwerte eingehalten

Die Koalitionsfraktionen haben den Bundeshaushalt 1996 in 3. Lesung verabschiedet.

Sieht man vom unvermeidlichen Schlachtenlärm der Opposition ab, gibt es am Ergebnis wenig zu deuten: Die Konsolidierungsziele und Eckwerte sind eingehalten, auch die Stabilitäts- und Haushaltskriterien der Europäischen Union:

- Niedrige Inflation
- begrenztes öffentliches Defizit
- beschränkter Schuldenstand der öffentlichen Hand.

Eine Flucht in höhere Steuern oder zusätzliche Schulden findet nicht statt. Dieser Haushalt paßt in die konjunkturpolitische Landschaft; er ist stabilitätsgerecht und vertrauensbildend, und er widerlegt eindringlich das Katastrophengeschwätz, mit dem die Opposition das Fehlen einer eigenen Alternative vergessen machen will. 1996 werden erstmals seit 4 Jahrzehnten die Ausgaben des Bundes deutlich sinken. Sie liegen mit 451 Milliarden Mark um 26 Milliarden DM unter dem Soll des laufenden Jahres und trotz der zusätzlich eingestellten Arbeitsmarkt-Milli-

arden um 700 Millionen Mark unter dem Ansatz des Regierungsentwurfs.

Die intensiven Ausgaben erreichen mit über 66 Milliarden Mark ein über dem Durchschnitt der letzten Jahre liegendes, konjunkturpolitisch erfreuliches Niveau. Die Nettokreditaufnahme ist mit 59,9 Milliarden Mark finanzplangerecht und entspricht dem von der Koalition gesetzten Rahmen. Das ist ein gutes Ergebnis. Für Theo Waigel und die Bundesregierung bedeutet das enge Korsett dieser Haushaltsbewilligung aber auch einen zwölfmonati-

## Von Adolf Roth (Gießen), Vorsitzender der Arbeits- gruppe Haushalt der CDU/ CSU-Bundestagsfraktion

gen Härtetest in der Haushaltsführung, um den Kredit- und Ausgabenrahmen einzuhalten. Richtig ist, daß die Finanzierung dieses Haushalts wegen der um 13 Milliarden Mark niedrigeren Steuereinnahmen ohne zusätzliche Einnahmen aus Privatisierungen und Beteiligungsverkäufen nicht erreichbar gewesen wäre. Die Kritik der Opposition an diesen zusätzlichen Einnahmen ist allerdings überhaupt nicht nachvollziehbar.

Haushaltspolitisch ist dieser Weg richtig, weil nur so eine deutliche Erhöhung der Nettokreditaufnahme mit all ihren negativen Auswirkungen auf Zinsen, Investitionen und Arbeitsplätze vermieden werden kann. Konjunkturpolitisch ist dieser Weg

richtig, weil die verfügbaren Einkommen der Verbraucher ungeschmälert bleiben. Wirtschaftspolitisch ist dieser Weg richtig, weil er dazu beiträgt, die staatliche Komponente unserer Wirtschaft weiter zu reduzieren.

## Privatisierungen – Fitneßkur für Wirtschaftsstandort Deutschland

Diese zusätzlichen Privatisierungseinnahmen sind korrekt und eher vorsichtig bewertet:

- Die Einnahmen aus der Verwertung der VEAG-Vermögensverwaltungsgesellschaft stehen mit 1,7 Milliarden Mark zur unmittelbaren Rückführung in den Bundeshaushalt zur Verfügung.

- Bei der Privatisierung der Postbank liegen bereits konkrete Angebote vor.

Es ist deshalb reichlich verwegen, wenn der in Ansatz gebrachte Betrag von gut 3 Milliarden Mark als „Luftbuchung“ apostrophiert wird. Bei den zur Veräußerung anstehenden Beteiligungen des Bundes an Wohnungsgesellschaften liegt der Substanzwert erheblich über dem angesetzten Betrag von 4 Milliarden Mark.

Mit dem Privatisierungspaket gleicht der Bund in vernünftiger Weise die Einnahmelücken der jüngsten Steuerschätzung aus und wählt damit das gesamtwirtschaftlich schonendste Verfahren.

Zu den Schätzabweichungen hat es in den letzten Wochen bissige Kommentare gegeben. Soweit sie auf Theo Waigel zielten, haben sie den Adressaten verfehlt, denn im Arbeitskreis Steuerschätzung sitzen die SPD-regierten Länder gleichberechtigt neben dem Bund, den Instituten, den Sachverständigen und der Bundesbank.

Für uns Christliche Demokraten sind die aufgetretenen Steuermindereinnahmen kein Schreckensszenario. Wenn die steuerlichen Fördermaßnahmen in den neuen

Ländern greifen oder wenn bei weitgehend inflationsfreiem Wachstum unserer Wirtschaft die „heimlichen“ Steueraufblähungen ausbleiben, kann man das nur begrüßen! Es gibt keinen Grund, in diesem Zusammenhang von einem „Fiasko für den Bundeshaushalt“ zu schwadronieren.

Einerseits beklagt die Opposition – eher populistisch als ehrlich der eigenen Meinung folgend – eine zu hohe Steuer- und Abgabenlast; andererseits schreit sie Zeter und Mordio, wenn die Steuereinnahmen einmal hinter den Erwartungen zurückbleiben.

Die Steuer- und Abgabenlast ist tatsächlich zu hoch. Der durch die Stabilitätspolitik dieser Koalition gezügelte Steuerzufluß ist deshalb kein Krisensymptom, erst recht nicht, wenn der Ausgleich ohne Erhöhung des Defizits erfolgt!

Wenn es in der deutschen Finanzpolitik ein Fiasko gibt, dann ist es das Fiasko der Opposition und ihrer Finanzexperten! Niemand hat sich seit Jahren mehr verschätzt als die SPD. Statt der 50 Milliarden Mark Nettokreditaufnahme, die 1995 getätigt werden, hat die Opposition vor genau einem Jahr, vor der Bundestagswahl, ein 100-Milliarden-Finanzloch an die Wand gemalt.

Oskar Lafontaine und Frau Matthäus-Maier haben sich um Hundert Prozent verschätzt; ihr Schätzfehler ist so groß wie die gesamte Nettokreditaufnahme.

## Sozial- und familienpolitische Verantwortung

Der Etat '96 ist ein Sparhaushalt ohne Wenn und Aber. Bundesregierung und Koalition haben das beschlossene Ausgabenmoratorium strikt eingehalten. Was nicht in den Plafonds erbracht oder durch nachhaltige Einsparungen gedeckt wurde, hatte keine Chance auf Haushaltsbewilligung. Ausdruck dieser Entschlossenheit ist das



insgesamt niedrige Etat-Volumen und der um die Neuordnung der Familienleistungen bereinigte Ausgabenrückgang von 1,4 vH oder rund 7 Milliarden Mark.

Mit diesem Ergebnis hat das Parlament das Bild des Regierungsentwurfs sogar weiter verbessert, obwohl 4,3 Milliarden Mark als Zuschuß für die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit und 2,2 Milliarden Mark zur Verstärkung der Arbeitslosenhilfe im Einzelplan des Sozialministers zusätzlich eingestellt werden mußten.

Um dieses zu erreichen, haben wir den rigorosen Sparkurs weiter verschärft. Der Sach- und Verwaltungsaufwand wurde kompromißlos nach unten korrigiert – mehrere hundert Titelabsenkungen belegen dies. Die Personal-Stellenpläne der obersten Bundesbehörden und des nachgeordneten Bereichs werden – von wenigen sensiblen Bereichen abgesehen – 1996 kegelgerecht um weitere 1,5 vH gekürzt, womit rund 4.000 Planstellen und Stellen eingespart werden. Als Haushaltsgesetzgeber erwarten wir Signale des Umdenkens: Im zeitlichen Umfeld des Parlaments- und Regierungsumzuges nach Berlin müssen sich sämtliche Ministerien und sonstige Verwaltungen einer Organisationsstrukturreform unterwerfen, mit der Schwachstellen aufgedeckt und beseitigt werden sollen.

Weitere 6 Milliarden Mark Einsparungen sind beim Zinsaufwand des Bundes, beim Erblastentilgungsfonds, bei den Zuschüssen zur Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben sowie bei der Aktualisierung der Schätzansätze von Leistungsgesetzen erzielt worden. Zum Thema Ausgabendisziplin im parlamentarischen Haushaltsverfahren gehört auch, daß wir die zum Teil massiven Mehrausgabeforderungen der Opposition zurückgewiesen haben. Ernstzunehmende Sparvorschläge hat die SPD leider nicht gemacht. Bei einer objektiven Gesamtbewertung muß an die Ausgangslage nach Inkrafttreten der Solidarpakt-Regelungen und des

neuen Bund-Länder-Finanzausgleichs erinnert werden – mit Mehrausgaben und Steuerverzichten des Bundes von insgesamt 50 Milliarden Mark jährlich. Ferner kommen 1996 rund 19 Milliarden DM Steuerentlastungen, insbesondere für Familien, hinzu.

Sie belasten den Bund mit 12 Milliarden Mark. Weitere 8 Milliarden Mark für den deutschen Steinkohlebergbau als Folge des weggefallenen „Kohlepennings“ und bis zu 9 Milliarden Mark für die ab 1996 in den Verkehrshaushalt übernommene Kreditaufnahme des Bundeseisenbahnvermögens sind zu verkräften gewesen. Unter Einbeziehung der aktuellen Steuerausfälle und Mehrbelastungen auf dem Arbeitsmarkt mußte im Bundeshaushalt 1996 ein Gesamtvolumen in der Größenordnung von 100 Milliarden Mark bewältigt und integriert werden. Das ist uns gelungen!

## Zukunftsorientierte Haushaltspolitik

Hervorzuheben ist, daß bei diesem Kraftakt die politische Gestaltung im Bereich der wichtigen Zukunftsfelder nicht auf der Strecke geblieben ist.

● Beim Forschungs- und Bildungshaushalt haben wir keine Abstriche gemacht, sondern wesentliche Strukturverbesserungen eingeleitet – die Stichworte sind BAföG und Meister-BAföG, Hochschulbau sowie mittelständische Forschung und Entwicklung.

Deutschland steht mit rd. 2,5 vH des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bei den Forschungs- und Entwicklungsausgaben international in der Spitzengruppe. Wir werden uns in dieser Position nicht zufriedengeben, sondern die Mittelverwendung zielgerichtet weiter optimieren!

● Der Verkehrshaushalt ist und bleibt der bei weitem größte Investitionshaushalt.

## Namensänderung ist der richtige Schritt

**Zur vorgesehenen Umbenennung der Generaloberst-Dietl-Kaserne in Füssen und der General-Kübler-Kaserne in Mittenwald erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer:**

Ich unterstütze diese Umbenennung. Ein Unrechtsregime wie das Dritte Reich kann keine Tradition für die demokratische Bundeswehr begründen. Gerade aber bei den Generalen Eduard Dietl und Ludwig Kübler war jedoch eine besondere Nähe zum Nationalsozialismus und eine Verstrickung in seine Verbrechen nicht abzustreiten. Dabei sollen die soldatische Haltung und die militärische Leistung beider Soldaten nicht in Zweifel gezogen werden. Entscheidend muß aber die Gesamtpersönlichkeit des einzelnen sein, um als Namensgeber für ei-

ne Bundeswehr-Kaserne in Betracht gezogen zu werden.

Diese Umbenennung richtet sich nicht gegen die Millionen Soldaten, die ehrenhaft und nach den Regeln des Völkerrechts tapfer für ihr Vaterland gekämpft haben. Ihre Tragik liegt darin, daß Hitler die Wehrmacht für seine Zwecke mißbraucht hat. Ziel der Soldaten der Wehrmacht war jedoch nicht, den verbrecherischen Absichten der damaligen politischen Führung zum Erfolg zu verhelfen. Sie wollten lediglich ihr Heimatland und ihre Familie verteidigen.

Verbindliche Grundlagen für das Selbstverständnis der Soldaten der Bundeswehr sind das Grundgesetz und die Bindung an das Gewissen. Diese Wertvorstellungen müssen auch das Traditionsverständnis der Bundeswehr bestimmen. Dem trägt der Umbenennungsbeschluß Rechnung.

Insbesondere mit Blick auf die aktuelle Bedarfssituation in den alten und neuen Ländern haben wir im Haushaltsausschuß die Baransätze für den Straßenbau nochmals um rd. 300 Millionen Mark erhöht, zusätzliche 100 Millionen Mark können aus Mehreinnahmen aus der Lkw-Vignette dem Straßenbau zugeführt werden.

● Auch 1996 wird der Bund etwa jede vierte Mark für den Aufbauprozess in den neuen Ländern ausgeben. Unsere Politik trägt sichtbare Früchte. Das kontinuierlich überproportionale Wachstum der ostdeutschen Wirtschaft drückt sich in ersten Entlastungseffekten auf dem Arbeitsmarkt aus. Für das Sonderprogramm „Lehrstellen-Initiative Ost“ werden durch Umschichtungen 138 Millionen Mark zusätzlich bereitgestellt, mit denen bis zu 14.500 außerbetriebliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Im Bereich der für die Struktur-

verbesserung wichtigen Industrieforschung Ost haben wir die vorgesehenen Haushaltsmittel um 60 Millionen Mark auf 365 Millionen Mark erhöht; die Verpflichtungsermächtigungen des Eigenkapitalhilfe-Programms steigen um 70 Millionen Mark.

● Wichtigstes Zukunftsfeld bleibt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland. Ihr gegenwärtiges Ausmaß vermindert unser Bruttoinlandsprodukt um 200 Milliarden Mark jährlich und kostet uns vom tatsächlich erwirtschafteten Inlandsprodukt weit über 100 Milliarden Mark – jedes Jahr. Den Bundeshaushalt belastet die Arbeitslosigkeit inzwischen mit 40 bis 50 Milliarden Mark – jeweils zur Hälfte auf der Einnahmen- und Ausgabenseite.

Das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium wird auch 1996 auf hohem Niveau zum Einsatz kommen.

# 500.000 neue Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor schaffen

**Die Job-Lücke im Dienstleistungssektor in Deutschland muß durch die Schaffung von Arbeitsplätzen im privaten Haushalt abgebaut werden. Vor dem Hintergrund der Lage am Arbeitsmarkt und der finanziellen Situation der Sozialkassen müssen wir auch in Deutschland neue Wege gehen.**

Die Arbeitsplätze im Privathaushalt müssen endlich aus der Grauzone herausgeholt werden. Deshalb müssen die Kosten für Haushaltskräfte künftig voll von der Steuer abgesetzt werden können, wenn der Arbeitgeber Sozialversicherungsbeiträge entrichtet. Durch diese Steueränderung können schätzungsweise wenigstens 500.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstehen.

Es ist nicht einzusehen, warum ein Arbeitgeber die Kosten für eine Hauswirtschafterin dann steuerlich absetzen kann, wenn er sie in einer Betriebskantine beschäftigt, aber nicht, wenn er ihre Hilfe für seinen privaten Haushalt benötigt. Entscheidend ist, daß vollwertige Arbeitsplätze entstehen.

Auch die SPD versucht jetzt auf diesen Zug aufzuspringen, nachdem sie noch im vergangenen Jahr entsprechende Regelungen mit Neid-Kampagnen und Kampfbergriffen aus dem letzten Jahrhundert verhindert hat.

Experten haben errechnet, daß in Deutschland im Vergleich zu den USA rein rechnerisch 6,5 Millionen Dienstleistungs-Jobs fehlen. Wenn es gelingt, diese Lücke zu schließen, können zahlreiche Menschen in Brot und Arbeit gebracht werden.

Allein aufgrund der zunehmenden Zahl älterer Menschen, von Alleinerziehenden

sowie von Familien mit Kindern, in denen beide Eltern erwerbstätig sind, ist von einer steigenden Nachfrage nach hauswirtschaftlichen Dienstleistungen auszugehen.

Neben der steuerlichen Absetzbarkeit müssen folgende Lösungen für typische strukturelle Probleme einer Beschäftigung im Privathaushalt in einer Neuregelung umgesetzt werden:

**Von Maria Böhmer,  
Mitglied der CDU/CSU  
Bundestagsfraktion**

● Durch die flächendeckende Einrichtung von sogenannten Dienstleistungszentren bzw. Poolbildung muß dem immer wieder auftretenden Problem begegnet werden, daß Haushaltskräfte in aller Regel nur wenige Stunden in der Woche bei einem Arbeitgeber arbeiten und somit selten sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zustande kommen. Bei den Dienstleistungszentren wären die Haushaltskräfte hingegen als sozialversicherungspflichtige Voll- oder Teilzeitkräfte angestellt.

● Die Einführung eines Dienstleistungsschecks, der in Anlehnung an das französische Modell sowohl als Arbeitsvertrag als auch als Zahlungsmittel, Lohnabrechnungszettel und zur Anmeldung bei der Sozialversicherung dienen könnte, würde das erforderliche Nachweisverfahren für Privatleute erheblich vereinfachen und so zum Abbau bürokratischer Hürden beitragen. ■

# Hinter vielen schönen Worten steckt die alte Politik der SPD

**Zum Initiativantrag zur Wirtschafts- und Finanzpolitik der SPD erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rainer Haungs:**

Zwar nähert sich die SPD in ihrer Analyse der gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen des Wirtschafts- und Investitionsstandortes Deutschland vorsichtig der Wirklichkeit, aber das Durchschimmern alter Klassenkampfparolen kann sie doch nicht verhindern.

Vor dem Hintergrund ihrer gescheiterten Oppositionspolitik kann es nur verwundern, wenn in dem Antrag behauptet wird, die konservative Wirtschaftspolitik orientiere sich in erster Linie an kurzfristigen einzelwirtschaftlichen Gewinninteressen, während die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik auch den gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung trage. Diese Polemik soll nur verschleiern, daß bei der SPD in der Wirtschaftspolitik nichts mehr zusammenläuft. Wie auch in der Debatte um die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion sucht die SPD krampfhaft nach Themen von nationaler Bedeutung.

Viele der von der SPD vorgetragenen Forderungen sind vor dem Hintergrund der offensiven Standort- und Beschäftigungspolitik der Bundesregierung zu begrüßen. Es stimmt: Wir brauchen ein neues gesellschaftliches Klima für Innovationen und technischen Fortschritt, die Existenzgründungs- und Mittelstandsoffensive muß fortgesetzt werden, Forschung, Bildung sowie Wissenschaft gefördert und neue Beschäftigungschancen etwa im Dienstleistungsbereich eröffnet werden. Doch widersetzt sich die SPD in ihrer praktischen

Politik im Bundestag dieser Politik in unerträglichem Maße.

Sie verzögert wichtige Vorhaben, ohne sie letztlich verhindern zu können. Wer ist denn der Bremser von Innovation und technischem Fortschritt? Die Diskussionen um eine verantwortungsvolle Nutzung bspw. der Gen- und Biotechnologie sowie der Kernenergie haben dies gezeigt. Die SPD fordert zudem „gut bezahlte Jobs“ in

**Haungs: Die Wirtschaftspolitischen Forderungen der SPD sind hilfloses Eingeständnis des Scheiterns ihrer Politik.**

privaten Haushalten! Arbeitsplätze in privaten Haushalten müssen aber erschwinglich sein, um überhaupt geschaffen zu werden.

Die SPD fordert einen Umbau des Sozialstaates, erteilt aber jeglicher Reform des Sozialabbaus eine Absage. Wie sollen denn vernünftige Reformen im Bereich des Sozialstaats aussehen, wenn sie nicht auch wirksame Kosteneinschränkungen sowie den Abbau mancher nicht mehr finanzierbarer Privilegien umfassen? Wo gibt es denn einen konkreten Beitrag der SPD zur wirksamen Eindämmung der Lohnnebenkosten?

Hinter vielen schönen Worten von Modernisierung und Zukunftsorientierung steckt die klassenkampfbetonte Wirtschaftspolitik der SPD. Dies zeigt sich nicht nur in haltlosen Vorwürfen an die Koalition, sondern auch in einer ganzen Reihe von wirklichkeitsfremden Forderungen wie z.B. nach der Abschottung unseres nationalen

## Lob für die „gelassene Lebensmeisterung“

Zur Belustigung aller hat sich Bundeskanzler Helmut Kohl in der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag am 8. November „ausdrücklich beim Kollegen Verheugen“ dafür bedankt, daß er für ihn „einen neuen Begriff eingeführt“ habe, der von Verheugen nicht unbedingt als Lob gemeint war. Der Kanzler wörtlich:

... er hat mich als Buddha bezeichnet. Ich bin mir nicht klar, ob Herr Verheugen wirklich weiß, was er damit getan hat. Ich habe meine Erinnerungen extra telefonisch aufgefrischt. Im Staatslexikon heißt es unter dem Stichwort Buddha, Herr Verheugen: Als Persönlichkeit zeichnete sich Buddha aus durch seinen Lebensernst, seine durchdachte und gelassene Lebens-

meisterung, seinen Sinn für das Wirkliche und Mögliche, seine Mäßigung und Ausdauer.

### Das Lob stimmt ja auch

Ich bin bereit, alles zu akzeptieren. Mit der Mäßigung habe ich allerdings gewisse Probleme. Diese teile ich mit dem Vorsitzenden der grünen Fraktion. Das ist eine der wenigen Gemeinsamkeiten. Daß Sie mich aber nach 13 Jahren in diesem Amt so ansprechen, tut mir wohl.

Ich sage Ihnen, Herr Verheugen, ganz offen: Ich bin seit 23 Jahren Parteivorsitzender der CDU. Aber so hat mich meine Partei noch nie verwöhnt. Die gehen ganz anders mit mir um. Aber ich bin für dieses Lob dankbar, und es stimmt ja auch.

Arbeitsmarkts durch ein weit umfassenderes Entsendegesetz, als dies derzeit vorgesehen ist.

Wir müssen die SPD in ihrer Tagespolitik auf den Prüfstand stellen. Es wird sich zeigen, wo die Taten den Worten folgen werden. Beispielsweise fordert die SPD richtigerweise eine konsequente Mittelstands- und Existenzgründungspolitik. Dies ist die erklärte Politik des Bundeskanzlers und der CDU/CSU. Bei wichtigen steuerpolitischen Entlastungsvorhaben der Koalition wirkt aber die SPD nicht mit. So wird es aufgrund der Politik der SPD nicht möglich sein, die Abschaffung der Gewerbesteuer bereits zum 1. Januar 1996 zu erreichen. Auch bei anderen Steuerarten gäbe es einen politischen Handlungsbedarf, der durch die praktische SPD-Politik bisher faktisch verhindert wird.

Der Initiativantrag der SPD enthält immerhin eine Reihe von Aussagen, die so bisher in keinem SPD-Papier deutlich genannt wurden. So werden flexiblere Arbeitszeiten und differenziertere und flexiblere Flächentarifverträge gefordert, die weitere Handlungsspielräume für die Betriebe eröffnen. Allerdings gibt es bei dieser Aussage zu bedenken, daß die SPD im gleichen Atemzug Arbeitszeitverkürzungen fordert. Dabei brauchen wir beides: Flexibilität nicht nur nach unten, sondern auch nach oben.

Erwähnenswert ist auch die Erkenntnis der SPD, daß die Konsolidierungsanstrengungen verstärkt werden müssen. Dem Satz „Vieles, was wünschbar wäre, ist nicht mehr finanzierbar“ muß man zustimmen. Für die SPD müßte allerdings hinzugefügt werden: „Vieles, was wünschbar wäre, ist in der SPD nicht durchsetzbar.“

## Wählen mit 16 in Niedersachsen

### Der falsche Weg

„Absoluten Schwachsinn“ hat der Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU, Herbert Reul, die Entscheidung Niedersachsens genannt, das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre herabzusetzen. Bundesministerin Claudia Nolte hat in einem Interview mit dem hessischen Rundfunk die Entscheidung als einen falschen Weg bezeichnet, auf dem das politische Engagement der Jugend nicht verstärkt werde. Die „Rheinische Post“ vom 10. November kommentiert:

*In Niedersachsen sollen fortan 16jährige bei Kommunalwahlen wählen dürfen. Es werden nicht viele Jahre ins Land gehen, bis irgendeine politische Gruppierung, weil sie sich davon etwas verspricht, beim Urnengang, das Wahlrecht für 14jährige fordern wird. In der Politik halten wie im sonstigen Leben immer drängender Marketing-Methoden Einzug. Die Überlegung, mit einem jugendbe-*

*schwungen Werbetrick nach Hannoveraner Muster noch nicht Volljährige als Erstwähler für sich zu gewinnen, ist offenbar sehr verlockend für Wahlkampfplaner.*

*Warum ist das aktive Kommunalwahlrecht für Minderjährige der falsche Weg? Zunächst beleidigt es die Jugendlichen, weil besagte Gesetzgeber sie ja in Wahrheit nicht wirklich politisch ernst nehmen, sich vielmehr nur ihre Gunst erschleichen möchten. Sodann ist es unlogisch, das Jugendwahlrecht nur bei Kommunalwahlen, nicht aber bei Landtagswahlen zuzulassen. Kommunalpolitik ist nicht Politik minderer Bedeutung; sie zu beurteilen, verlangt keinen geringeren Grad von politischer Reife.*

Wie die „Westdeutsche Allgemeine“ vom 10. November berichtet, stößt die Wahlrechtsänderung in Niedersachsen bei der Bevölkerung auf geringes Interesse: Dies ergab jedenfalls eine Umfrage des Allensbacher Instituts. Danach sind 80 Prozent der Bevölkerung dagegen.

## Karl-Kübel-Preis für familiengerechtes Wohnen

Unter dem Leitwort „Familie und Wohnen“ wird auch 1996 der mit 100.000 Mark dotierte Karl-Kübel-Preis vergeben. Damit sucht die Karl-Kübel-Stiftung seit 1990 zum siebten Mal nach originellen und beispielhaften Wohnmöglichkeiten, die den besonderen Bedürfnissen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ent-

sprechen. Schirmherr ist Bundesbauminister **Klaus Töpfer**, der den Preis im September 1996 in Bonn verleihen wird.

Bewerbungsbogen können bei der Karl-Kübel-Stiftung für Kind und Familie angefordert werden: Postfach 15 63, 64605 Bensheim, Einsendeschluß ist der 31. März 1996.

# Jugendverbandsarbeit steht nach wie vor hoch im Kurs

**Die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Fraktion, Maria Eichhorn, erklärte anlässlich eines Gesprächs der Mitglieder der Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern von Jugendverbänden:**

Jugendliche, die sich in Jugendverbänden engagieren, leisten einen bemerkenswerten Einsatz, der besonderen Respekt verdient. Nach wie vor sind viele junge Menschen bereit, mit großem persönlichen Engagement hier ihre Freizeit einzusetzen. Jugendpolitik muß in allen Politikbereichen einen größeren Stellenwert erhalten. Dies ist das Resümee der Diskussion der Mitglieder der Arbeitsgruppe mit eingeladenen Vertreterinnen und Vertretern von Jugendverbänden.

Im Mittelpunkt dieses Gesprächs standen die Themen: Jugendverbandsarbeit, Bedeutung des Ehrenamtes sowie die Wertorientierung von Jugendlichen. Die Jugendvertreter stellten dar, wie sich die gesellschaftlichen Veränderungen auch in Jugendverbänden widerspiegeln. Die zunehmende Individualisierung verlange Konsequenzen für die Jugendarbeit. Viele junge Menschen seien nach wie vor in Verbänden organisiert – ihre Erwartungen an die Jugendverbandsarbeit seien aber gestiegen; differenzierte Angebote seien gefragt. Leistungsorientierung bestimme auch hier vielfach die Aktivitäten. Jugendliche seien nicht mehr bereit, sich langfristig zu binden. In den neuen Bundesländern gestaltete sich die Jugendverbandsarbeit als sehr schwierig. Begründet wurde dies in erster Linie mit dem Konkurrenzdruck am Arbeitsplatz. Aufwendige Freizeitgestaltung sei nicht angesagt.

In der Diskussion um finanzielle Förde-

rungen wurde die projektbezogene Arbeit kritisch beleuchtet; einige Jugendvertreter wiesen darauf hin, daß dadurch teilweise eine kontinuierliche Jugendarbeit verhindert werde.

Ehrenamtliches Engagement sei – so die Verbandsvertreter – bei vielen Jugendlichen selbstverständlich. Das Image des Ehrenamtes sei jedoch gesunken. Nicht so sehr der Ruf nach finanzieller Unterstützung, sondern nach gesellschaftlicher Anerkennung stehe im Vordergrund. Kontrovers wurde über gesetzliche Regelungen

**Maria Eichhorn: Jugendpolitik muß in allen Politikbereichen einen größeren Stellenwert als bisher erhalten.**

zur Stärkung des Ehrenamtes diskutiert, insbesondere im Hinblick auf die Ausweitung der Freistellungsmöglichkeiten von der Erwerbstätigkeit.

Wertevermittlung ist nach Auffassung der Jugendverbände den Jugendlichen nach wie vor wichtig. Sie suchten vor allem dort nach Orientierung, wo die Erwachsenenwelt diese nicht bieten könne – nicht zuletzt deswegen, weil die Kinder den Erwachsenen in bestimmten Lebensbereichen ebenbürtig oder weit voraus seien. Das Thema „Medien, Multimedia“ sei dafür nur ein Beispiel.

Das nächste Treffen zwischen den Mitgliedern der Arbeitsgruppe und den Vertreterinnen und Vertretern der Jugendverbände soll im Frühjahr 1996 stattfinden. Geplant ist auch der Besuch von Jugendeinrichtungen in den neuen Ländern. ■

# Erfolg auf dem Weg zur Senkung der Klimabelastung

**Zu den Eckpunkten, die die Kommission „Umweltorientierte Weiterentwicklung des Steuersystems“ unter Leitung von Hans-Peter Repnik am 13. November vorgelegt hat, erklärten die Stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerhard Friedrich und Hans-Peter Repnik:**

Die Kommission der CDU/CSU-Fraktion legte am 13. November ihre Eckpunkte vor. Damit ist die Behauptung von Kollegen der SPD in der Bundestagsdebatte über den Umwelthaushalt, die Union sei nicht handlungsfähig, widerlegt. Seit diesem Frühjahr haben Finanz-, Wirtschafts-, Haushalts- und Umweltpolitiker unzählige Vorschläge überprüft und nun einvernehmlich einen Maßnahmenkatalog beschlossen, den wir jetzt in den nächsten Monaten Schritt für Schritt in konkrete Gesetze und Förderprogramme umsetzen.

Die in enger Abstimmung mit dem Bundesfinanzministerium und Bundesumweltministerium entwickelten Vorschläge zur Umgestaltung und Ergänzung unserer Steuergesetze mit ökologischer Zielsetzung berücksichtigen die umweltpolitischen Prioritäten:

Auf dem Verkehrssektor müssen wir die Stickoxid-Emissionen schneller reduzieren, als dies von der stufenweisen Verschärfung der Grenzwerte durch die EG vorgegeben ist. Wir können es außerdem nicht hinnehmen, daß ausländische Lkws, betankt mit billigem Diesel, die umweltfreundliche Bahn als Transportmittel immer stärker zurückdrängen. Das Konzept des Bundesverkehrsministers, die Angebote der Bahn zu verbessern und den Güter-

verkehr auf der Straße zu verteuern, wird von uns voll unterstützt.

Die Ergänzung des neuen Konzepts der steuerlichen Wohneigentumsförderung durch Umweltkomponenten sowie die jetzt wieder eingeführte Förderung energiesparender Investitionen berücksichtigt die Feststellung aller Sachverständigen, daß wir bei der Heizung unserer Altbauten und der Warmwasseraufbereitung ein großes Energieeinsparpotential nutzen können.

## Es müssen Taten folgen

Bezogen auf den industriellen Sektor weisen wir darauf hin, daß sich die meisten Branchen unserer Wirtschaft in Selbstverpflichtungserklärungen zu weiterführenden Maßnahmen bereit erklärt haben. Im Frühjahr 1996 will Bundesumweltministerin Angela Merkel erstmals überprüfen, ob diese Versprechungen auch Taten gefolgt sind. Die Union wird sich auf Selbstverpflichtungserklärungen nur verlassen, wenn die Ergebnisse belegbar sind. Außerdem gehen wir davon aus, daß die Wirtschaft bereit ist, ihre vor der Klimakonferenz in Berlin abgegebenen Selbstverpflichtungserklärungen in einigen Jahren fortzuschreiben.

Es ist zu begrüßen, daß Bundesfinanzminister Theo Waigel ausdrücklich erklärt hat, daß er in dem jetzt von der Fraktion gebilligten Maßnahmenkatalog keine abschließende Aufzählung der in Betracht kommenden „ökologischen Komponenten im Steuerrecht“ sieht. Wir werden weitere Maßnahmen prüfen, dabei allerdings auch berücksichtigen, daß es die Haushaltslage



schlicht verbietet, die Steuereinnahmen in Milliardenhöhe mit umweltpolitischer Zielsetzung in Form von Subventionen unter Verbraucher und Industrieunternehmen zu verteilen. In einer Zeit, in der wir trotz befriedigenden Wirtschaftswachstums feststellen müssen, daß Arbeitslosigkeit eher zunimmt, müssen auch umweltpolitische Initiativen die allgemeinen Rahmenbedingungen, wie die Haushaltslage des Bundes und die Situation auf dem Arbeitsmarkt, berücksichtigen.

In der CDU/CSU-Fraktion besteht Einvernehmen darüber, daß wir unsere anspruchsvollen CO<sub>2</sub>-Minderungsziele in Deutschland und auf EG-Ebene nur erreichen können, wenn sich zumindest die wichtigen europäischen Industriestaaten darauf einigen, daß sie den Energieverbrauch auf allen Sektoren verteuern. Jedermann weiß, daß wir die Konzentration von Klimagasen nicht allein durch eine End-Off-The-Pipe-Technologie und damit durch Grenzwerte senken können. CDU und CSU haben in Parteitagsbeschlüssen mehrfach bekräftigt, daß wir in der Umweltpolitik zunehmend marktwirtschaftliche Instrumente einsetzen wollen. Dazu gehören Selbstverpflichtungserklärungen, haftungsrechtliche Regelungen, im Abfallrecht Rücknahmeverpflichtungen, in der Klimapolitik auch Umweltsteuern.

Anders als Grüne und SPD wissen wir, daß es nicht zu verantworten ist, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2005 allein national um 25 Prozent zu senken. Die Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen weltweit um insgesamt 1 Prozent durch Deutschland wäre meßtechnisch nicht mehr erfaßbar, wenn wir durch einen nationalen Kraftakt bewirken, daß die Produktion unter geringeren Umweltschutzauflagen künftig in Tschechien oder Südostasien stattfindet. Auf diese Weise würden zahlreiche Arbeitsplätze in Deutschland verloren gehen, ohne eine spürbare Umweltentlastung bewirkt zu haben. ■

## Regelung bei den regenerativen Energien vorziehen

**Mit der geplanten Novellierung des Baugesetzbuches wird auch der § 35 BauGB in Angriff genommen.**

Da bei der Erstellung von regenerativen Anlagen im Hinblick auf deren Genehmigungsfähigkeit Unsicherheit bei Gemeinden und Betreibern herrscht, ist im Sinne einer Förderung alternativer und regenerativer Energien eine zügige gesetzliche Änderung notwendig, die nicht im Zusammenhang mit der Novellierung des BauGB, sondern vorgezogen beraten wird, um möglichst bald rechtskräftig zu werden.

Die mit Sachverständigen durchgeführte Anhörung im Bauausschuß hat den Konflikt zwischen der Errichtung von Wind-

Anhörung zur Privilegierung von regenerativen Energie-Anlagen (§ 35 BauGB) macht Handlungsbedarf deutlich

kraftanlagen einerseits und dem Schutz der Natur und des Landschaftsbildes andererseits deutlich gemacht.

**Peter Götz**, Mitglied im Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und Berichterstatter für die Novellierung des Baugesetzbuches: In den folgenden Beratungen muß es darum gehen, eine Formulierung des Außenbereichsparagraphen 35 BauGB zu finden, der sowohl den berechtigten Anliegen der Förderung von Windenergie, Wasserkraft und Biomasse, aber auch dem Natur- und Landschaftsschutz Rechnung trägt und gleichzeitig den Gemeinden das Recht einräumt, im Rahmen der kommunalen Planungshoheit ihre Festlegungen zu treffen. ■

# Notwendige Einsparungen, aber keine schlechtere Versorgung

## Die Koalitionsfraktionen haben in dieser Woche das folgende Eckwertpapier verabschiedet:

Wie in allen westlichen Industriestaaten steht auch das Gesundheitswesen Deutschlands vor großen finanziellen Herausforderungen. Dabei spielt die Kostenentwicklung in den Krankenhäusern eine maßgebliche Rolle. Die aktuelle Ausgabedynamik wurde wesentlich durch politische Entscheidungen mitverursacht.

Die Koalition erwartet von der Einführung der 2. Stufe der Pflegeversicherung die vorgesehene Entlastung von 2,7 Mrd. DM im Krankenhausbereich und fordert die Länder auf, ihrer politischen Zusage zur Investitionsfinanzierung von Pflegeeinrichtungen nachzukommen. Die Gesetzliche Krankenversicherung darf künftig nicht mehr als Verschiebebahnhof zur Entlastung staatlicher Haushalte und anderer Sozialsysteme benutzt werden.

Eine wirksame Kostenkontrolle der Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung ist ohne Einbeziehung der Krankenhäuser nicht möglich, da inzwischen rund ein Drittel der Gesamtausgaben auf sie entfällt.

Notwendige Einsparungen im Krankenhaus dürfen nicht zu einer Verschlechterung der Versorgungsqualität führen. Ziel muß bleiben, die Bürger im Krankheitsfall unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit umfassend abzuschirmen. Auch in der Zukunft brauchen wir eine qualitativ hochwertige Krankenhausversorgung, deren Rahmenbedingungen von der Politik festzulegen sind. Ihre Um-

setzung soll verstärkt in die Hand der Selbstverwaltung gelegt werden.

Maßstab hierfür sind

- mehr Wettbewerb in der sozialen Krankenversicherung
- mehr Transparenz der Leistungen
- mehr Eigenverantwortung aller Beteiligten sowie
- der Grundsatz ambulant vor stationär.

Die Koalition hat sich deshalb auf folgenden Eckpunkte verständigt:

## 1. Sicherung der medizinischen Qualität in der stationären Versorgung

Qualitätssicherung ist ein unerläßlicher Bestandteil einer humanen und wirkungsvollen medizinischen Versorgung. Sie ist

### Eckpunkte zur stationären Versorgung im Rahmen der 3. Stufe der Gesundheitsreform

wie im ambulanten Bereich Aufgabe der Ärzte, die sie bei der Erbringung ihrer Leistungen zu verwirklichen haben. Es ist Aufgabe der Ärztekammern, Standards vorzugeben, ihre Einhaltung zu überwachen und die Fortbildung für alle Ärzte zu intensivieren. Die Verträge zwischen den Krankenkassen und den Krankenhäusern müssen bei der Qualitätssicherung die Zuständigkeit der Ärztekammern berücksich-

tigen und diese deshalb intensiver beteiligen.

## **2. Investitionsfinanzierung und Krankenhausplanung**

Für eine Übergangszeit von drei Jahren soll entsprechend der bisherigen Förderpraxis die Finanzverantwortung für den Teilbereich der Instandhaltungsinvestitionen bei den Ländern bleiben. Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP haben hierzu einen Gesetzentwurf im Deutschen Bundestag eingebracht; sie sind bereit, im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens mit dem Bundesrat hierüber und über weitere Schritte zu sprechen.

Entsprechend der Entschließung des Deutschen Bundestages anlässlich der Verabschiedung des Gesundheitsstrukturgesetzes soll das duale Finanzierungssystem (Finanzierung der Investitionen durch die Bundesländer und der laufenden Kosten durch die Krankenkassen über die Pflegesätze) schrittweise durch ein monistisches Finanzierungssystem (Finanzierung insgesamt über die Pflegesätze) ersetzt werden. Es darf keine Beitragserhöhungen wegen der Einführung des monistischen Finanzierungssystems geben. Deshalb wird an der Forderung nach finanzieller Kompensation durch die Länder festgehalten.

Der Sicherstellungsauftrag für eine bedarfsgerechte stationäre Versorgung verbleibt bei den Ländern. Auf der Grundlage des derzeitigen Finanzierungssystems erfolgt die Krankenhausplanung der Länder künftig im Einvernehmen mit den Landesverbänden der Krankenkassen. Für die übrigen Beteiligten an der Krankenhausplanung bleibt es beim geltenden Recht. Ein Versorgungsvertrag kann durch jeden Landesverband der Krankenkassen geschlossen oder gekündigt werden. Bei Plankrankenhäusern ist entsprechend dem

geltenden Recht die Kündigung nur im Einvernehmen mit dem Land möglich.

## **3. Vergütung**

Die mit dem Gesundheitsstrukturgesetz eingeleitete Reform zu einer leistungsorientierten Vergütung wird fortgesetzt. Dazu wird die Weiterentwicklung der Fallpauschalen- und Sonderentgeltkataloge den Selbstverwaltungspartnern auf der Bundes- und Landesebene übertragen. Die Entgelthöhe wird nicht mehr über Punktzahlen und Punktwerte, sondern in Form von Preisen direkt auf der Landesebene vereinbart.

Die für stationäre Leistungen insgesamt aufzubringenden Mittel werden wirksamer in den Gesamtfinanzierungsrahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung eingebunden.

Die Bundespflegesatzverordnung wird ergänzend zu den bereits eingeleiteten Änderungen des Pflegesatzrechtes (Aussetzung Pflege-Personalregelung 1996, Streichung 5 Prozent-Interessensquote und der Bandbreite für Erlösausgleiche bei Fallpauschalen und Sonderentgelten) zur Feinsteuerung fortentwickelt.

Darüber hinaus vereinbaren die Vertragsparteien auf der Landesebene eine Gesamtvergütung und deren Zuwachsrate als Obergrenze für die Summe der Erlöse der Krankenhäuser im Lande. Die dazu erforderlichen Verbandsstrukturen werden auf privatrechtlicher Grundlage geschaffen. Zur Konfliktlösung wird ein Schiedsverfahren vorgesehen.

Die Selbstverwaltungspartner schreiben unter Berücksichtigung der medizinischen Entwicklung, der Struktur der Versicherten, der Leistungsentwicklung in anderen Versorgungsbereichen sowie der Entwick-

lung der beitragspflichtigen Einnahmen die Gesamtvergütung eigenverantwortlich fort.

Die Krankenkassen schließen mit den Krankenhäusern auf der Grundlage der Bundespflegesatzverordnung die Pflegesatzvereinbarung. Für jedes Krankenhaus wird ein Gesamterlösbetrag (Fallpauschalen, Sonderentgelte, Abteilungspflegesätze, Basispflegesatz, vor- und nachstationäre Leistungen, ambulante OP-Leistungen) vereinbart.

Soweit die Summe der örtlichen Erlösvereinbarungen die Gesamtvergütung auf der Landesebene überschreitet, werden entsprechende lineare Anpassungen der Vereinbarungen auf der örtlichen Ebene vorgenommen. Überschreiten die im Wirtschaftsjahr erzielten Erlöse der Krankenhäuser den landesweiten Gesamtvergütungsbetrag, sind die verursachenden Krankenhäuser zu Ausgleichen (Rückzahlung des individuellen Überschreitungsbeitrages) verpflichtet. Die Ausgleiche werden mit den Vergütungsvereinbarungen des folgenden Jahres verrechnet (1997 wird 1999 ausgeglichen).

Bei durch Notfälle bedingten Ereignissen mit erheblicher Folgewirkung für die Gewährleistung der notwendigen Krankenhausversorgung kann ein adäquater Ausgleich für die betroffenen Krankenhäuser in der Pflegesatzvereinbarung des übernächsten Jahres vorgesehen werden.

Die Regelungen über eine Gesamtvergütung und deren jährliche Zuwachsraten gelten bis einschließlich 1999. Die Bundesregierung berichtet dem Deutschen Bundestag bis zum 30. Juni 1999 über die Entwicklung der Krankenhausaufgaben und ihren Anteil an den Gesamtausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung sowie über die Entwicklung der Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser.

#### 4. Verbesserung der ambulanten und stationären Versorgungsstrukturen

Durch das Gesundheitsstrukturgesetz sind die Möglichkeiten der Krankenhäuser durch ambulantes Operieren sowie vor- und nachstationäre Behandlung entscheidend verbessert worden. Eine darüber hinausgehende institutionelle Öffnung der Krankenhäuser für ambulante Behandlungen ist nicht sachgerecht.

Qualifizierte Fachärzte in Krankenhäusern erhalten die Möglichkeit, hochspezialisierte Leistungen zur Sicherstellung der örtlichen Versorgung nach Überweisung durch einen niedergelassenen Facharzt ambulant zu erbringen. Dies erfolgt durch persönliche Ermächtigung im Gesetz. Die Leistungen sind persönlich zu erbringen. In dreiseitigen Verträgen werden der Katalog hochspezialisierter Leistungen und das Anforderungsprofil an die Qualifikation bestimmt.

Für die stationäre Versorgung in Praxiskliniken entfällt die für den Abschluß eines Versorgungsvertrages vorgesehene Bedarfsprüfung. Das Institut der Praxisklinik wird gesetzlich konkretisiert. Für ambulante Operationen wird eine verlängerte postoperative Beobachtungsphase ermöglicht. Die belegärztliche Tätigkeit soll verstärkt werden. Insbesondere werden bei der vertragsärztlichen Bedarfsplanung Ausnahmeregelungen zugunsten der belegärztlichen Tätigkeit und für Praxiskliniken vorgesehen.

Die Großgeräteplanung wird aufgehoben. Die Verpflichtung der Kassenärztlichen Vereinigungen zur Sicherstellung der notärztlichen Versorgung rund um die Uhr sowie die Kooperation zwischen Haus-, Fach- und Krankenhausärzten werden konkretisiert.

Die Vertragskompetenz der Selbstverwaltung muß so ausgestaltet werden, daß Verän-

## Zahl der Plätze im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) wird verdoppelt

**Bundesministerin Claudia Nolte kündigte im Rahmen der Beratungen zum Bundeshaushalt 1996 im Deutschen Bundestag an, daß die Mittel für das FÖJ im kommenden Jahr erhöht und damit die Zahl der Plätze gegenüber 1994 verdoppelt werden sollen.**

Claudia Nolte: „Mit dem Freiwilligen Sozialen und Ökologischen Jahr erhalten junge Menschen die Chance, sich zu bewähren und zu engagieren – für andere Menschen, für kulturelle Zwecke, für die Umwelt und andere gemeinschaftliche Belange. Persönlicher und öffentlicher Nutzen verbinden sich in fruchtbarer Weise.“

Das FÖJ, das die CDU-geführte Bundesregierung in der vergangenen Legislaturperiode eingeführt hat, sei ein Riesenerfolg und ein Beweis dafür, daß

große Teile der Jugend bereit sind, sich gesellschaftlich und politisch zu engagieren. Darüber hinaus bietet es jungen Menschen die Chance, sich zu orientieren. Sie haben ferner die Möglichkeit, zu prüfen, ob sie für ein späteres berufliches Engagement in einem entsprechenden Arbeitsbereich geeignet sind.

### SPD macht nicht mit

Aus einer Untersuchung des Ministeriums ist bekannt, daß mehr als 90 Prozent aller Teilnehmer ihre Erfahrungen in diesem Jahr als gut oder sehr gut bewerten und bereit wären, erneut ein solches Jahr zu leisten. Um so bedauerlicher, daß die SPD-geführten Länder Hamburg und Rheinland-Pfalz immer noch keine Plätze im FÖJ eingerichtet haben und jungen Menschen den Zutritt zu diesem Bewährungsfeld verweigern.

derungen der Versorgungsstruktur durch finanzielle Anreize gefördert werden können.

### 5. Sofortmaßnahmen 1996

Die vorgesehenen strukturellen Maßnahmen können erst im Jahre 1997 greifen. Vor diesem Hintergrund zwingen die von der Konzentrierten Aktion im Gesundheitswesen festgestellten drohenden Belastungen durch Ausgaben für Krankenhausleistungen im Jahre 1996 – insbesondere durch die ungelöste Problematik des Instandhaltungsaufwandes – zu einer unmittelbar wirksamen Sofortmaßnahme. Dazu werden die Budgets der Krankenhäuser im Jahre 1996 höchstens um die lineare Steigerungsrate des Vergütungstarifvertrags

des BAT erhöht. Ausnahmetatbestände gibt es nicht.

### 6. Das Gesetzgebungsverfahren für die Krankenhausreform wird unverzüglich eingeleitet

Die Arbeitsgruppe der Koalitionsfraktionen wird die Gespräche über die Reform des ambulanten Versorgungsbereiches schnellstmöglich aufnehmen und in diesem Jahr abschließen. Bei den weiteren Reformschritten sind die Eigenverantwortung bei allen Beteiligten und die Transparenz in der Gesetzlichen Krankenversicherung zu verstärken. ■

# Kommunale Selbstverwaltung in der Europäischen Union gesichert

**Einen wichtigen Schritt zur Sicherung und Garantie der kommunalen Selbstverwaltung in der EU hat der XI. Kongreß der Europäischen Christdemokraten (EVP) vom 5. bis 7. November in Madrid mit der Verabschiedung von „Vorschlägen und Zielsetzungen für die Regierungskonferenz 1996“ vollzogen.**

Neben der Forderung, die Handlungsfähigkeit der Union und ihrer Organe zu stärken, bevor weitere Mitglieder aufgenommen werden, steht im Mittelpunkt der Diskussion eine stärkere Beteiligung der Bürger Europas und die sog. Transparenz, also die Durchschaubarkeit der Rechtsetzungs- und Entscheidungsverfahren der Organe der Gemeinschaft.

Wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß sich der Fortschritt der Europäischen Integration auf die aktive Beteiligung der Bürger stützen muß, die naturgemäß dort am stärksten ist, wo die Überschaubarkeit politischer Entscheidungen „hautnah“ gestaltet werden kann, also in den kommunalen Gebietskörperschaften. Der Vertrag von Maastricht hat in das Verfassungsrecht der Union den Grundsatz der Subsidiarität aufgenommen, indem es in der Präambel des Vertrages heißt, daß die „Entscheidungen der Union dem Subsidiaritätsprinzip entsprechend möglichst bürgernah“ getroffen werden sollen. Und nach Artikel 3 b sollen die Organe der Gemeinschaft nur tätig werden, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf der Ebene der Mitgliedstaaten nicht besser bzw. nicht ausreichend erreicht werden können.

Nun erlebt der Unionsbürger Europa und die Umsetzung europäischen Rechts vor allem „vor Ort“ in seiner Kommune. Orts-

nahe Information und praxisnahe Umsetzung und Anwendung europäischen Rechts sind also eine der Grundvoraussetzungen für das Einverständnis unserer Mitbürger mit der europäischen Integration.

Die logische Konsequenz ist die Garantie der kommunalen Selbstverwaltung durch die Verfassung und die Handlungsweise der Organe der Europäischen Union entsprechend den Grundsätzen der „Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung“ des Europarates vom 15. Oktober 1985. Dem kann auch nicht entgegen-

**Von Heinrich A. Hoffschulte,  
Präsident der Deutschen  
Sektion des Rates der  
Gemeinden und Regionen  
Europas (RGRF)**

gehalten werden – wie dies von einigen Nationen in der Vergangenheit geschah –, daß die Rolle der Kommunen und ihrer Aufgaben eine „interne Angelegenheit“ der einzelnen Mitgliedstaaten sei.

In der Bundesrepublik kommt ja auch niemand auf die Idee, daß angesichts der Garantie der Grundsätze der kommunalen Selbstverwaltung durch die Landesverfassungen Artikel 28 des Grundgesetzes überflüssig ist. Im Gegenteil: Wegen der vielfältigen Auswirkungen der Bundesgesetzgebung unmittelbar auf die Kommunen ist die Notwendigkeit des Artikels 28 nicht nur anerkannt, sondern seine Aussarkraft ist durch eine Ergänzung zu der finanziellen Ausstattung der Kommunen bei der letzten Grundgesetzänderung noch ergänzt worden. Doch bis zur förmlichen Aufnahme der Garantie der kommunalen

Selbstverwaltung (oder der Grundzüge der Europäischen Charta von 1985) in das Verfassungsrecht der Union dürfte es noch ein weiter Weg sein.

Deshalb habe ich seit dem Abschluß des Vertrages von Maastricht als wichtigen Schritt auf dem Wege zu diesem Ziel vorgeschlagen, zunächst und vor allem auf eine Erweiterung des Grundsatzes der Subsidiarität auch auf das Verhältnis zwischen der Union und den (Regionen und) kommunalen Gebietskörperschaften zu drängen. Gerade die Partner in der Europäischen Union, die eine Einmischung der Brüsseler Organe auf das notwendige Maß reduzieren möchten, müssen den Standpunkt teilen, daß dies nicht nur für die Mitgliedstaaten gilt, sondern erst recht für deren Regionen und kommunalen Gebietskörperschaften.

Auf dem EVP-Kongreß am 6./7. November 1995 wurde nun aufgrund verschiedener Änderungsanträge aus mehreren Nationen das „Grundsatzdokument“ unter dem Titel „Handlungsfähigkeit, Demokratie und Transparenz, die Europäische Union auf dem Wege zum vereinten Europa“ um entsprechende Passagen ergänzt. Wörtlich heißt es:

#### Ziffer II a

„Das Subsidiaritätsprinzip muß künftig besser als bisher angewendet werden. ... Der Grundsatz der Subsidiarität gilt auch im Verhältnis der Union zu den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften. Das Subsidiaritätsprinzip in Artikel 3 b, Abs. 2 EGV sollte klarstellen wie folgt lauten:

Die Gemeinschaft wird nach dem Subsidiaritätsprinzip nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf der Ebene der Mitgliedstaaten oder der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, die nach dem internen Recht der Mitgliedstaaten über entsprechende Zuständig-

keiten verfügen, nicht ausreichend erreicht werden können.“

Und gleichsam zur Bekräftigung wurde den Leitsätzen dieses Grundsatzdokumentes noch hinzugefügt:

„Die regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften können durch ihre Bürgernähe zur besseren Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips und zur vertieften demokratischen Legitimation der Europäischen Union beitragen. ...“

Zur Begründung bekräftigt das Grundsatzdokument, daß „die Regionen und lokalen sowie regionalen Gebietskörperschaften in der Europäischen Union Ausdruck der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Vielfalt in Europa sind“.

Mit alledem wird klargestellt, daß sich Brüsseler Politik nicht in das interne Verhältnis der Mitgliedstaaten zu ihren Regionen und Kommunen einmischen möchte. Eine konsequente Anwendung des Subsidiaritäts-Grundsatzes setzt aber voraus, daß gerade auch der jeweilige nationale Bestand an regionaler und kommunaler Unabhängigkeit und Selbstverwaltung respektiert und garantiert wird.

Liest man die Geschichte des Artikels 28 unseres Grundgesetzes nach, so wird man feststellen, daß die Väter des Grundgesetzes seinerzeit auf eine Ausformulierung des Prinzips der Subsidiarität ausdrücklich verzichteten mit dem Hinweis, die Garantie der kommunalen Selbstverwaltung in Artikel 28 sei eine konkretere (und damit letztlich präzisere) Ausformung eben des Subsidiaritätsprinzips. Auf die derzeitige europäische Diskussion für die Revisionskonferenz zu den Maastrichter Verträgen angewandt, bedeutet dies, daß die vorgeschlagene Ergänzung des Artikels 3 b letztlich der Durchbruch zu einer eigentständigen Garantie der kommunalen Selbstverwaltung im Verfassungsrecht der Union ist. ■

# Sie brauchen Zeit und Überzeugungskraft

In den letzten UiD-Ausgaben haben wir über erfolgreiche Mitgliederwerbaktionen sowie über die Organisation und Planung berichtet. Des weiteren haben wir im UiD 28/95 Tips und Anregungen gegeben, wie Sie zu qualitativ guten Adressen für Ihre Aktion kommen. Nachdem die Adressensammlung – der erste und wichtigste Schritt für eine erfolgreiche Mitgliederwerbaktion – abgeschlossen ist, sind folgende Maßnahmen als nächstes zu tätigen:

- Bestimmung eines Aktionsleiters
- Gewinnung von Dialog-Partnern
- Anschreiben an die Zielgruppe, mit der Gespräche für eine Mitgliedschaft geführt werden sollen.
- Schulung der Dialog-Partner.

## Der Aktionsleiter

Für die Aktion bestimmt der Kreisverband einen Verantwortlichen, der die Aktion „Bürgergespräche“ leitet. Der Aktionsleiter ist für die Vorbereitung, Koordinierung und organisatorische Durchführung der Mitgliederwerbaktion verantwortlich. Der Aktionsleiter oder die Aktionsleiterin sollte deshalb unbedingt genügend Zeit und den notwendigen Durchsetzungswillen besitzen. Da selbst ein Tausendsassa eine solche Aktion nicht allein bewältigen kann, werden ihm aus den Orts- und Gemeindeverbänden „Dialogpartner“ an die Seite gestellt, die die Hausbesuche absolvieren.

Der Aktionsleiter muß seine „Dialogpartner“ motivieren können. Er richtet auf, wenn es einmal zwei Tage hintereinander nicht so geklappt hat, wie man es wollte.

Er spornt an, er fordert Leistungen heraus. Um seinen Dialogpartnern ein Beispiel zu geben und sie zu motivieren, sollte der Gesprächsbeauftragte als Aktionsleiter selbst auch bereit sein, eine Reihe von Hausbesuchen durchzuführen, um entsprechende Mitgliederwerbungen vorweisen zu können. Der Aktionsleiter darf nicht nur vom Schreibtisch Regie führen.

Seine wichtigen Fähigkeiten und Erfahrungen: Planung, Organisation, Menschenführung, Delegation der Verantwortung, zupackend. Kurz: ein Manager. Die richtige Wahl des Aktionsleiters ist ausschlaggebend für den Erfolg der Mitgliederwerbaktion.

**Aktion 100.000  
Gespräche**

## Die Dialogpartner

Die CDU-Dialogpartnerin oder der CDU-Dialogpartner ist ein Mitglied, das bereit ist, einzelne Bürger persönlich anzusprechen und sie im Gespräch als Mitglied für die CDU zu gewinnen. Für Ihre Aktion benötigen Sie mehrere „Dialogpartner“.

Der „Partner“ muß bereit sein, sich für diese Aufgabe schulen zu lassen.

Das Ideal: Eine Person, die kontaktfreudig ist, ein sicheres Auftreten, Humor und Optimismus hat. Die Person sollte anpassungsfähig sein und ein wenig Organisationsstalent besitzen. Weitere wichtige Eigenschaften: Angenehme persönliche Aus-



strahlung, Intelligenz sowie die Begabung, gut zuhören zu können. „Kämpfertypen“, die sich hart durchsetzen, sind ungeeignet. Ein Dialogpartner muß gewinnen, überzeugen können.

Machen Sie den in Frage kommenden Personen deutlich, daß diese Aktion auf eine bestimmte Zeit begrenzt ist und keine Daueraufgabe bedeutet.

### Wo finden Sie gute Dialogpartner?

Fragen Sie die Mitglieder der Ortsvorstände nach geeigneten Personen. Sprechen Sie darüber bei Versammlungen. Nehmen Sie Kontakt mit den Vereinigungen auf.

### Wie werben Sie Dialogpartner?

- Persönliches Anschreiben
- Persönliches Ansprechen
- Aktion „Hallo Nachbarn“.

Bei zeitlich begrenzten Intensivaktionen wie dieser hier hat es sich stets bewährt, eine Abstimmung mit den benachbarten Stadt- oder Gemeindeverbänden zu machen. Denn Nachbarschaftshilfe ist bei der Suche nach Dialogpartnern sehr wichtig.

- Frauen sind gute Dialogpartner.

In unseren Verbänden haben sich Frauen,

Nutzen Sie auch unseren „Neuen Leitfaden zur Mitgliederwerbe-Offensive 95/96“:

**100.000 Gespräche**

Bestell-Nr. **6101**, Verpackungseinheit: 5 Expl., Preis je Einheit: 12,- DM.

ob im Beruf oder im Haushalt, besonders bewährt. Ihre Ausstrahlung und Überzeugungskraft brachte große Erfolge.

Gefährlich für unsere Sache ist es, daß wir Gutwillige – die zudem einfach bestimmt werden – ungeschult auf Mitgliederwerbungs-Reise schicken. Unsere Mitglieder sollen Dialogpartner sein, ohne profihaft und routiniert zu wirken. Eine gute Sache ist an den Mann oder an die Frau zu bringen – sympathisch.

Sagen Sie deshalb immer am Anfang: Schulung muß sein! Erst nach einem intensiven Schulungsseminar wird der Start für die Besuchsaktion freigegeben.

**Zum Thema Schulungsseminare haben uns in den letzten Wochen zahlreiche Anrufe erreicht. Sollten Sie weitere Fragen hierzu haben, rufen Sie uns unter der Telefonnummer 02 28/5 44-3 78 an.**

## Kulturarbeit mit Kindern und Jugendlichen

Der christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. hat eine neue Broschüre herausgebracht, und zwar mit dem Titel „Kulturarbeit mit Kindern und Jugendlichen“. Der Verband möchte mit dieser Broschüre Eltern, Multiplikatoren in der Jugendarbeit und Jugendlichen selbst einen Leitfaden an die Hand geben, auf welche Weise die Freizeit junger Men-

schen sinnvoll und für den einzelnen und die Gesellschaft gewinnbringend genutzt werden kann. Die Broschüre ist gegen Zusage von 2 DM erhältlich bei:

**Frischluft e.V.**

**Postfach 24 01 16**

**53154 Bonn**

**Tel. 02 28/31 00 23**

**Fax 02 28/31 47 03.**



## CDU zur Zeit stärkste Partei in Rheinland-Pfalz

Wenn nächsten Sonntag Landtagswahl wäre, hätte die CDU in Rheinland-Pfalz gute Chancen, stärkste Partei zu werden. Zu diesem Ergebnis kommt der „Politrend 95“, eine repräsentative Umfrage des Südwestfunks.

Danach liegt die CDU gegenwärtig bei 42 Prozent gegenüber 40 Prozent im August. Die regierende SPD büßt 3 Prozent ein und rangiert gegenwärtig bei 40 Prozent. Die Grünen legen 1 Prozent zu und verbessern sich auf 10 Prozent. Unverändert bei 5 Prozent steht die FDP. Eine regierungsfähige Mehrheit könnten CDU oder SPD folglich nur mit Hilfe der Grünen oder in einer großen Koalition erreichen.

**Zu den Umfrageergebnissen des „Politrend 95“ des Südwestfunks in Zusammenarbeit mit Infas erklärte der Landesvorsitzende Johannes Gerster:**

Wahlen werden von Wählern am Wahltag an den Wahlurnen entschieden. Keinen Tag vorher und auch nicht durch Meinungsumfragen.

Die Südwestfunk/Infas-Umfrage bestätigt aber unsere Erkenntnisse, die ich seit Monaten, von der SPD immer wieder bespöttelt, mitteile:

1. Die derzeitige SPD/FDP-Regierung hat keine Mehrheit mehr.
2. Alles spricht dafür, daß die CDU bei den Landtagswahlen 1996 wieder mit Abstand stärkste Partei wird. Der Abwärtstrend der SPD setzt sich weiter fort.
3. Die FDP wird bei weiterem Festklammern an die SPD keine Überlebenschance bekommen.
4. Bei den Landtagswahlen geht es in Wahrheit um die Alternative: CDU oder Rot-Grün.

### Kandidaten-Seminar in Kiel

„Auf dem Weg zum Erfolg – für den Wechsel '96“ – so lautet das Motto eines von dem Bundestagsabgeordneten Gert Willner initiierten Kandidaten-Seminars, das **am Freitag und Sonnabend, dem 24. und 25. November, in der Hermann-Ehlers-Akademie in Kiel** stattfindet.

Insbesondere die Direktkandidatinnen und Direktkandidaten sollen die Gelegenheit erhalten, sich fit zu machen für die Argumentation im bevorstehenden

Landtagswahlkampf, indem sie lernen, unbefangen vor anderen zu sprechen, Redebeiträge zu formulieren und selbstbewußt vorzutragen.

Mit dabei ist auch Spitzenkandidat **Ottfried Hennig**, der sich ebenso auf das Wochenendseminar freut wie eine Reihe von Bundestags- und Landtagsabgeordneten, die sich gerne dazu bereit erklärt haben, für einen Erfahrungsaustausch in Sachen Wahlkampf zur Verfügung zu stehen.

## Festschrift der Jubiläumsveranstaltung

am 28. Juni in Berlin

Der Festakt im Berliner Schauspielhaus war der offizielle Höhepunkt der Geburtstagsfeiern zum 50jährigen Bestehen der CDU. Anhand vieler Redebeiträge und Kurzansprachen wurde auf dieser Festveranstaltung der zeitgeschichtliche Bogen von der Parteigründung bis zur Gegenwart gespannt. Zusätzlich zu diesen Beiträgen enthält die Festschrift viele wissenswerte Informationen über die Festredner und ihren Werdegang in der CDU.

Dieses Buch eignet sich auch besonders als repräsentatives Geschenk für die Ehrung verdienter oder langjähriger Mitglieder.

Bestell-Nr.: 4103

Verpackungseinheit: 1 Expl.

Preis je Expl.: 12 DM

Preis zzgl. MwSt. und Versand \*



### Bestellungen an:

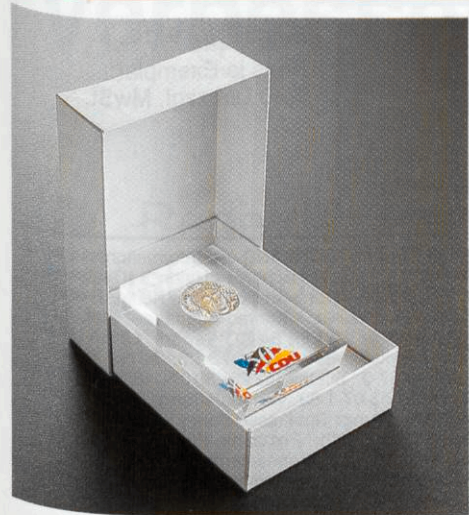
IS-Versandzentrum

Postfach 1164, 33759 Versmold

Fax (0 54 23) 4 15 21

(\*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.)

## „50-Jahre-Medaille“ mit Acrylglasständer



Aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der CDU bietet die CDU-Bundesgeschäftsstelle die limitierte Festaufgabe der Silbermedaille von Salvador Dali zu Ehren Konrad Adenauers mit Acrylglasständer an.

Die Medaille besteht aus 23 g Silber (900/1000) und hat einen Durchmesser von 30 mm. Jede Medaille wird mit Acrylglasständer und Geschenkkarton geliefert.

Bestell-Nr.: 0084

Verpackungseinheit: 1 Expl.

Preis je Expl.: 125,- DM zzgl. MwSt.

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
53014 BONN



## HARMONIE IN SINFONIE

ist der Titel unserer neuen Klassik-CD, mit der wir die Reihe der erfolgreichen CDU-Sonderproduktionen fortsetzen. Mit Werken von Schubert, Mozart, Telemann, Haydn und Mendelssohn enthält diese CD eine harmonische Zusammenstellung klassischer Sinfonien. Rechtzeitig für die etwas ruhigere Jahreszeit ist diese CD ab sofort in unserem Versandzentrum erhältlich (Gesamtspieldauer ca. 64 Minuten).

**Bestellungen an:**  
**IS-Versandzentrum, Postfach 11 64**  
**33759 Versmold, Fax: (0 54 23) 4 15 21**

(Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50,- DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.)

Bestell-Nr.: **9116**

Preis je Exemplar:  
7,80 DM zzgl. MwSt.

# UID

**36/1995**

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:**  
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113  
Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs  
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.  
(02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:**  
Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich.  
**Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183  
(BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504  
(BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 56,- DM.  
Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** ~~wa~~ Vereinigte Verlags-  
anstalten GmbH, Düsseldorf.